



WEED - Briefing Paper

Zur Jahrestagung von IWF und Weltbank September 2005

Von Daniela Setton

Am 24. und 25. September 2005 findet die Jahrestagung von IMF und Weltbank in Washington DC statt. Es stehen wichtige Entscheidungen an. Eine der zentralen Themen der Jahrestagung ist die Umsetzung des multilateralen Schuldenerlasses für 18 Länder, den die G8 im Juli dieses Jahres beschlossen haben. Im Vorfeld der WTO-Ministertagung im Dezember 2005 in Hongkong steht auch das Thema „Aid for Trade“ auf der Tagesordnung des Development Committee beider Institutionen. Ein wichtiger Punkt auf der Agenda des International Monetary and Financial Committee (IMFC) ist die Diskussion über die mittelfristige strategische Neuorientierung des IWF und die Stärkung der Rolle in Entwicklungsländern.

Darüber hinaus werden einige Fortschrittsberichte auf der Jahrestagung diskutiert, die Kernfragen der Arbeit der beiden Institutionen betreffen, darunter die stärkere Partizipation von Entwicklungs- und Schwellenländern.

1. Umsetzung des G8-Schuldenerlasses ein Trauerspiel

Seit Wochen schon arbeiten IWF und Weltbank mit Hochdruck an der technischen Umsetzung des multilateralen Schuldenerlasses, den die G8 im Juli in Gleneagles beschlossen hatten. Für die Umsetzung des großmundig verkündeten „historischen Durchbruchs“ ist noch ein formaler Beschluss in den Exekutivdirektoren von IWF und Weltbank erforderlich.

Der G8 Schuldenerlass sieht einen Erlass der Schulden von 18 Ländern bei IWF, Weltbank und Afrikanischer Entwicklungsbank in Höhe von ca. 40 Milliarden US-Dollar für die nächsten 40 Jahre vor. Weitere Länder können von einem Schuldenerlass profitieren, sofern sie sich im Rahmen der multilateralen Entschuldungsinitiative HIPC dafür qualifizieren. Der Umfang des Schuldenerlasses könnte sich damit auf bis zu 50 Milliarden US-Dollar erhöhen. Von zivilgesellschaftlicher Seite aus wurde der Beschluss als ein erster kleiner Schritt begrüßt, der jedoch für eine Lösung der Schuldenkrise völlig unzureichend ist. Vor allem die mangelnde Reichweite des Schuldenerlasses und die ungerechte Länderauswahl wurden kritisiert.

Dennoch waren die Erwartungen groß, dass bis zur Jahrestagung eine Einigung über die Umsetzungsmodalitäten des G8 Deals erzielt wird. Doch wesentliche Details der Umsetzung des Schuldenerlasses sind noch nicht geklärt. Ein zentrales Konfliktfeld ist die Finanzierung. Bisher haben die G8 nur ca. 1,7 Milliarden US-Dollar auf den Tisch gelegt – erforderlich ist jedoch mindestens eine Summe von ca. 40 Mrd. US-Dollar für die nächsten 40 Jahre.

Vor allem die Weltbank befürchtete, auf den Kosten des Schuldenerlasses sitzen zu bleiben. In einem kürzlich an die Öffentlichkeit gelangten Report drückte sie ihr deutliches Misstrauen gegenüber den finanziellen Versprechungen der G8 Regierungen aus und forderte mehr Verbindlichkeit in der Mittelzusage. Doch ein weiterer Konflikt scheint derzeit entscheidend für die Verzögerungen bei der Umsetzung des Schuldenerlasses relevant zu sein. Die nordischen Länder wie Norwegen und Schweden, aber auch Holland und Belgien misstrauen der US-Regierung hinsichtlich ihrer finanziellen Zusagen zum Schuldenerlass. Sie befürchten eine Schwächung der Internationalen Entwicklungsagentur (IDA) - also dem Arm der Weltbank, der Kredite an 81 Entwicklungsländer zu bevorzugten Bedingungen vergibt. Sollten die Kosten für den Schuldenerlass nicht von den Gebern aufgefüllt werden, droht für IDA ein eingeschränkter Spielraum bei der Mittelvergabe. Um diesen Bedenken entgegenzutreten, hat die US-Regierung im US-Kongress ein Entscheidungsverfahren angestoßen, um langfristige Finanzierungszusagen zu ermöglichen. Ob dies für eine Einigung reichen wird, ist noch unklar.

Doch auch unabhängig von der Frage, woher die Mittel für den Schuldenerlass kommen sollen steht eine Einigung in weiteren zentralen Detailfragen des Erlasses aus: z.B. hinsichtlich des exakten Anfangsdatums des Schuldenerlasses und der vom Erlass einbezogenen Kredite. Beides hat Auswirkungen für die genaue Höhe der erlassenen Schulden. Darüber hinaus sind die Frage zusätzlicher Konditionalitäten sowie die genaue Verteilung der Mittel strittig.

Auch wenn Wolfowitz sich kurz vor der Jahrestagung noch optimistisch zeigt, dass eine Einigung am Wochenende erzielt werden kann, hat er auf der Pressekonferenz deutlich gemacht, dass es schwierig sein wird, einen Konsens zu finden und vor allem die Finanzierungslücken zu schließen.

Beim IWF wird die Umsetzung des G8 Deals noch einige Wochen auf sich warten lassen. So machte der Geschäftsführende Direktor des IWF bereits zwei Tage vor der Jahrestagung auf einer Pressekonferenz deutlich, dass die Einigung auf einen „Rahmen“ zur Umsetzung des Schuldenerlasses beim IWF erst „bald“ zu erwarten sei. Der Schuldenerlass selbst muss dann aber noch beschlossen werden. Zu lösen ist das Problem der Unvereinbarkeit des Gleichstellungsgrundsatzes des IWF mit der umstrittenen Länderauswahl des G8 Schuldenerlass. Es ist schwierig, nur 18 Länder von einem Schuldenerlass profitieren zu lassen, der aus Mitteln finanziert wird, die prinzipiell allen Mitgliedern offen stehen. Der Erlass der Schulden beim IWF soll zum Teil aus eigenen Ressourcen des IWF finanziert werden, jedoch sind auch zusätzliche Mittel der Industrieländer erforderlich. Nach wie vor ist jedoch auch beim IWF unklar, wie die langfristige Finanzierung des Deals gesichert werden soll.

Alle Beteiligten bemühen sich um Schadensbegrenzung und betonen, dass der politische Wille zur Umsetzung weiterhin besteht. Die deutsche Bundesregierung hält es nicht einmal für nötig, angesichts der weitreichenden Entscheidungen einen der beiden verantwortlichen Minister (Heidemarie Wieczorek-Zeul oder Hans Eichel) nach Washington zu schicken. Nach der klaren Niederlage hinsichtlich eines deutschen Sitzes im UN-Sicherheitsrat und dem Koalitionsgeschacher sind die gegebenen Versprechen bei der Armutsbekämpfung und der globalen Verantwortung Deutschlands im „Entscheidungsjahr 2005“ offensichtlich schnell vergessen.

2. IWF zwischen Machtverlust und Machtausweitung

IWF Direktor Rodrigo Rato hat diese Woche die Ergebnisse seiner einjährigen Untersuchung zur Rolle des IWF in der Weltwirtschaft veröffentlicht. Der Report, der wichtige Empfehlungen zur mittelfristigen strategischen Reorientierung des IWF enthält, wird dem IMFC auf der Jahrestagung vorgelegt.

Damit regiert der IWF auf einen den drohenden Machtverlust. Wichtige Kreditnehmer sehen zunehmend von einer Kreditaufnahme beim IWF ab und greifen stattdessen auf privates Kapital zurück. Dieser Trend drückt sich in einem starken Rückgang der Kreditvergabe durch den IWF aus. Im Jahr 2003 hatte der IWF ähnlich wie in den Vorjahren noch 22 neue Kreditprogramme abgeschlossen, in einer Gesamthöhe von ca. 45 Mrd. US-Dollar. Doch im Zeitraum von Juli 2004 bis Juni 2005 hat der IWF nur 14 neue Programme abgeschlossen, in einer Gesamthöhe von 2,5 Mrd. US-Dollar. Dieser massive Rückgang der Kreditvergabe des IWF spiegelt jedoch auch den zunehmenden Unwillen vieler wichtiger Empfängerländer wider, sich den strikten makroökonomischen und strukturpolitischen Konditionalitäten des IWF zu beugen.

Um dem drohenden Bedeutungsverlust entgegenzuwirken, schlägt Rato in seinem Report den Ausbau der Überwachungsfunktion des IWF, die stärkere Ausrichtung der Kreditfazilitäten des IWF auf die verschiedenen Bedarfe der Länder und die Reform der Governance-Strukturen (siehe Punkt 3) vor.

Teil des Pakets ist auch die Stärkung der Rolle des IWF in ärmeren Entwicklungsländern. Die *Poverty Reduction and Growth Facility* (PRGF) soll weiterhin das zentrale Instrument in den Entwicklungsländern bleiben.

Doch zur Diversifizierung der Aktivitäten des IWF werden zwei weitere wichtige neue Instrumente vorgeschlagen, die bereits von den Exekutivdirektoren weitestgehend akzeptiert wurden. Sollte auf der Jahrestagung ausreichend Unterstützung der Mitgliedsstaaten bestehen, wird der IWF diese Instrumente möglichst schnell einführen:

- **Neue Schock-Fazilität:** Ein neues Kreditfenster im PRGF-Trust Fund soll bei exogenen Schocks zusätzliche Mittel für Entwicklungsländer bereitstellen. Dieses Instrument soll nicht bestehende Instrumente (wie die Compensatory Financing Facility, oder das Trade Integrated Mechanism) ersetzen, sondern vielmehr ein zusätzliches Angebot sein.
- **Policy Support Instrument (PSI):** Schon seit Herbst letzten Jahres steht eine neues Instrument auf der Agenda des IMFC. Mit dem PSI soll die Abwicklung von Programmen in Ländern unabhängig von der Gewährung eines Kredits werden. Das PSI soll in Ländern angewendet werden, die „makroökonomische Stabilität“ erreicht haben und keine direkte finanzielle Unterstützung durch den IWF benötigen, aber von der Ausstellung eines „Gütesiegels“ des IWF abhängen. Ein IWF-Programm hat für viele Entwicklungsländer eine Türöffnerfunktion. Damit erhält ein Entwicklungsland Zugang zu Mitteln aus der bilateralen Entwicklungshilfe, zu Schuldenerlass und zu privaten Kapitalflüssen und Investitionen. Das PSI sieht ein Programm zur Beurteilung der Wirtschafts- und Geldpolitik der Entwicklungsländer mit entsprechend harten Konditionalitäten, Überwachungsmodalitäten und politischen Empfehlungen. Werden letztere nicht zufrieden stellend umgesetzt, droht dem Land die Absetzung des PSI und damit ein

Stopp des Mittelzuflusses durch andere Geber oder ausländische Investoren. Obwohl das PSI den IWF keinen einzigen Dollar mehr kostet, ermöglicht es dem IWF weiterhin eine effektive Kontrolle der Wirtschafts- und Geldpolitik der Länder. Das Instrument wird entgegen den Verlautbarungen des IWF keinesfalls „freiwillig“ sein. Der faktische Zwang wird dadurch ausgeübt, dass mit einem PSI der Zugang zu externen Ressourcen erkaufte wird. Nigeria ist das erste Land, das ein PSI einführen muss, um den kürzlich beschlossenen Schuldenerlass des Pariser Clubs zu erhalten. Bis alle technischen Details des PSI beschlossen sind, wird der dringend benötigte Schuldenerlass für Nigeria aufgeschoben. Auch wird beim IWF diskutiert, die Durchführung eines PSI als Bedingung für den Zugang zur neuen IWF-Krisenfazilität für Entwicklungsländer zu machen, die bei exogenen Schocks greifen soll.

Kritisch zu sehen ist vor allem, dass das PSI eine weitreichende Ausdehnung der Signalgeberfunktion des IWF bedeutet. Damit verstärkt es die weitere Durchsetzung neoliberaler Geld- und Wirtschaftspolitiken, die nachweislich dem Ziel der Armutsreduktion entgegenstehen.

3. Partizipation der Entwicklungs- und Schwellenländer: Stillstand mit leichter Brise

Seit Jahren steht eine stärkere demokratische Beteiligung von Entwicklungs-, Transformations- und Schwellenländern bei IWF und Weltbank auf der Agenda. Doch ein substantieller Fortschritt wird durch die Blockadehaltung der Industrieländer verhindert. Letztere sind nach wie vor trotz aller Partizipationsrhetorik nicht bereit, Macht an die Entwicklungsländer abzugeben. Allein die USA besitzen in beiden Institutionen eine Sperrminorität mit ca. 16 % bzw. 17 % der Stimmen. Die EU-15 haben insgesamt sogar einen 30%igen Stimmrechtsanteil im IWF und 25 % in der Weltbank.

So sind in den letzten Jahren lediglich kosmetische Maßnahmen durchgeführt worden, wie beispielsweise die Stärkung der Büros der Exekutivdirektoren der Weltbank, die mehr als 20 Entwicklungsländer repräsentieren. Der „Fortschrittsbericht“, der dieses Jahr dem *Development Committee* zum Thema vorliegt, buchstabiert demnach ebenso wie die diversen ‚Fortschrittsberichte‘ der letzten Frühjahrs- und Jahrestagungen die vielen Optionen aus, die für eine Erhöhung der demokratischen Beteiligung der Entwicklungsländer bei den mächtigen Finanzinstitutionen bestehen. Neben einer verstärkten Repräsentation von Entwicklungsländern in höheren Managementpositionen ist hier insbesondere eine Veränderung der Stimmrechtsverteilung zentral. Auch wenn in den Exekutivdirektorien beider Institutionen so gut wie nie abgestimmt wird, sind auch Konsensverfahren durch die zugrunde liegende Stimmverteilung geprägt.

Während bei der Weltbank diesbezüglich nach wie vor Stillstand herrscht, zeichnet sich beim IWF seit kurzem etwas Bewegung ab. In einem kürzlich erschienenen Artikel in der *Financial Times* betonte Rodrigo Rato, dass eine Neubestimmung der Rolle des IWF untrennbar mit der Governance der Institution verbunden sei. Die Legitimität des IWF müsse erhöht werden, damit er weiterhin für Entwicklungs- und Schwellenländer relevant bleibe. Wichtig sei dafür eine Veränderung bzw. Neubestimmung der Quoten - also der Kapitalanteile der Anteilseigner, die die Stimmverteilung bestimmen. Die Reform der Governance Strukturen des IWF wird auch als wichtige Aufgabe im Rahmen der mittelfristigen Orientierung des IWF für die nächsten Jahre ausgewiesen.

Eine Gefahr ist jedoch, dass bei einer Neubestimmung der Quoten vor allem die großen Schwellenländer profitieren. Sie sind angesichts ihrer in den letzten Jahren gestiegenen

weltwirtschaftlichen Bedeutung durch die derzeitige Zuteilung der Quoten völlig unterrepräsentiert. Die ärmeren Entwicklungsländer könnten bei einer Reform auf der Strecke bleiben, sollten bei einer Neuregelungen der Stimmverteilung lediglich ökonomische Kriterien angelegt werden. Es ist deswegen wichtig, bei einer Neubestimmung oder Veränderung der Stimmrechte „doppelte Mehrheiten“ zu etablieren. Dadurch würde gewährleistet, dass auch die ärmeren Entwicklungsländer bei relevanten Entscheidungen einbezogen sind. Eine weitere Möglichkeit besteht in einer signifikanten Erhöhung der Basisstimmrechte, die allen Mitgliedern unabhängig von ihrer ökonomischen Stärke zugeteilt werden. Die Basisstimmrechte gehen derzeit nur zu etwa 2% in die Stimmgewichtung ein.

Doch auch wenn Rato auf der Pressekonferenz kurz vor der Jahrestagung erneut betonte, dass ein „politischer Wille“ zur Erhöhung der Beteiligung von Entwicklungsländern bestehe ist anzuzweifeln, dass die erforderlichen Mehrheiten für eine Veränderung der Quoten bereits gewonnen sind. Eine Entscheidung wird erst ab Mitte nächsten Jahres erwartet.

4. Aid for Trade: IWF und Weltbank als Steigbügelhalter der WTO

Auf ihrem Treffen im Februar diesen Jahres haben die G7 Finanzminister IWF und Weltbank aufgefordert, Vorschläge für eine zusätzliche Unterstützung für Entwicklungsländer im Rahmen der WTO Doha-Runde zu erarbeiten. Nachdem das Thema bereits auf der Frühjahrstagung auf der Agenda stand, haben die Mitarbeiterstäbe von IWF und Weltbank erneut einen Bericht für das Treffen des *Development Committee* am 25. September vorgelegt.

In dem Papier sichern IWF und Weltbank volle Unterstützung für eine ‚erfolgreiche‘ Beendigung der Doha-„Entwicklungsrunde‘ zu und betonen die Notwendigkeit einer umfassenden Liberalisierung der Märkte der Entwicklungs- und Industrieländer. Um die Bedenken vieler Entwicklungsländer an einer weiteren Handelsliberalisierung abzubauen, setzen sie auf die Stärkung von „Aid for Trade“.

Bei „Aid for Trade“ geht es darum, durch die Bereitstellung zusätzlicher internationaler Unterstützung für Entwicklungsländer die Anpassungskosten bei einer weiteren Handelsliberalisierung zu lindern. Positiv ist die deutliche Anerkennung dessen, dass Handelsliberalisierung negative Konsequenzen für viele Entwicklungsländer hat. Allerdings werden diese negativen Konsequenzen als vorübergehend angesehen. Langfristig würde eine forcierte Handelsliberalisierung gerade den Entwicklungsländern nutzen. Deshalb müssten die Entwicklungsländer bei Anpassungsschwierigkeiten unterstützt und die Handelsliberalisierung weiter vorangetrieben werden.

Insofern geht es bei „Aid for Trade“ auch um die Beseitigung aller noch bestehenden Hindernisse für eine weitere Liberalisierung des internationalen Handels. Dazu sollen Analysen erstellt werden, die die Bedarfe in den Ländern ermitteln – wie z.B. den Ausbau effektiver Transportwege, die Schaffung handelsbezogener rechtlicher Rahmenbedingungen und effizienter Zollabfertigung, etc. Grundsätzlich sollen sämtliche Politikfelder der Entwicklungsländer dahingehend untersucht werden, ob interne Hindernisse für eine Ausweitung des internationalen Handels bestehen. Auf der Grundlage der Analyse sollen spezifische Maßnahmen für das jeweilige Land entwickelt und durchgeführt werden. All dies dient dazu, die Bedenken vieler Entwicklungsländer an einer zunehmenden Liberalisierung ihrer Märkte auszuräumen.

In ihrem Papier schlagen IWF und Weltbank den Ausbau des Integrated Framework (IF) im Rahmen der WTO vor. Mit WTO, IWF, Weltbank, International Trade Center, UNCTAD und UNDP sind insgesamt sechs multilaterale Institutionen sowie andere Geber am IF beteiligt, das 1996 im Rahmen des WTO Aktionsplans für Entwicklungsländer gegründet wurde. Die

beteiligten Institutionen und andere Geber wollen im IF ihre handelsbezogene Entwicklungshilfe koordinieren, die insgesamt 50 Entwicklungsländern bereitgestellt wird.

Das IF dient vor allem als Plattform, um die die Wachstums- und Wettbewerbsagenda stärker in den nationalen Entwicklungsprogrammen der Entwicklungsländer zu verankern. Konkret geht es um eine stärkere Integration der Handelsliberalisierung in die Armutsstrategiepapiere (PRSP), die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel für die Umsetzung handelsbezogener Projekte und die Schaffung eines effektiven Rahmens für die Koordinierung handelsbezogener technischer Unterstützung.

Vor allem die Weltbank definiert für sich eine wichtige und koordinierende Rolle im IF. Vor allem bei der Analyse der handelsbezogenen Erfordernisse in den einzelnen Ländern reklamiert sie für sich die Federführung.

Es ist noch unklar, ob die im Papier vorgeschlagenen Maßnahmen eine Mehrheit im Development Committee finden wird. Doch auch unabhängig vom Ausbau des IF verstärken IWF und Weltbank in ihren Programmen den Handelsfokus und die Forcierung der Handelsliberalisierung. Die Weltbank hat in den letzten Jahren ihre Kreditvergabe im Handelsbereich deutlich ausgebaut. Im Zeitraum von 2004 – 2006 wird sie für ihre Aktivitäten im Handelsbereich insgesamt 3 Mrd. US-Dollar bereitstellen – dies ist im Vergleich zum Zeitraum von 2001 – 2003 eine Verdopplung. Doch auch der IWF weitet zunehmend seine Handelsagenda aus. Mit dem Trade Integration Mechanism (TIM) hat er erst vor kurzem ein Instrument geschaffen, das Ressourcen für Entwicklungsländer bereitstellt, die aufgrund von multilateraler Handelsliberalisierung mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu kämpfen haben.

Beide Institutionen zeigen mit dieser expliziten Liberalisierungsagenda, die vor allem ausländischen Investoren und einigen finanzstarken Eliten in den Entwicklungsländern zugute kommt, dass sie aus den vergangenen Erfahrungen nichts gelernt haben. Der one-size-fits-all-Ansatz des Washington Consensus wird unter dem neuen Deckmantel „*Aid for Trade*“ effektiver vorangetrieben als bisher.

5. Der Infrastrukturaktionsplan der Weltbank: Back to Big Business

Infrastruktur ist seit einigen Jahre ein immer wichtiger werdendes Thema in der Entwicklungszusammenarbeit. Neue Bedeutung hat sie angesichts der fortschreitenden Globalisierung als Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und im Kontext der Erreichung der MDGs erhalten.

Auch bei der Weltbank hat Infrastruktur seit einigen Jahren enorm an Bedeutung gewonnen. Mit der Verabschiedung des Infrastrukturaktionsplans (IAP) vom Juli 2003 hat die Weltbank den Infrastrukturbereich nach einigen Jahren wieder zu einer ihrer Top-Prioritäten gemacht. Das Ziel des IAP ist es, das Infrastrukturengagement der Weltbankgruppe neu aufzustellen und massiv auszuweiten. Zur Erhöhung der Kreditvergabe setzt der IAP explizit auf die Förderung großer Infrastrukturprojekte, darunter auch große Staudämme.

Die Infrastrukturagenda der Weltbank ist sehr breit angelegt und bezieht sich auf Wasser, Energie und Bergbau, städtische Entwicklung, Information und Kommunikation sowie Transport und enthält eine Fülle von unterschiedlichen Projekten. Es geht dabei keinesfalls ausschließlich um die Finanzierung von Investitionsprojekten. Seit den 1990er Jahren sind umfassende Sektorreformen, Governance-Fragen und Capacity-Building ein zentraler Fokus des Weltbankengagements im Infrastrukturbereich. Die Weltbank will mit ihrer Infrastrukturagenda breitere Entwicklungsziele erreichen helfen. Die Infrastrukturförderung soll vor allem auch den Armen zugute kommen.

Die Weltbank hat gerade den neuesten Fortschrittsbericht zur Umsetzung des IAP erstellt, der dem Development Committee auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank vorgelegt werden soll. Mit dem IAP wurden die Voraussetzungen für eine massive Ausweitung des Infrastrukturportfolios der Weltbank geschaffen. Im Fortschrittsbericht wird angegeben, dass die Kreditvergabe im Infrastrukturbereich seit dem Geschäftsjahr 2003 um 1 Mrd. US-\$ jährlich erhöht worden ist. Die gesamte Kreditvergabe im Geschäftsjahr 2005 belief sich auf etwas über 7,4 Mrd. US-\$. Damit erhöhte sich der Infrastrukturanteil an dem gesamten Portfolio der Bank von 21 Prozent (1999) auf 33 Prozent. Der mit Abstand größte Posten war der Bereich Transport und Verkehr, gefolgt von den Bereichen Wasser/Abwasser und Energie/Rohstoffe. In den kommenden Jahren plant die Weltbank ihre Kreditvergabe zu verdoppeln. Damit würde die Bank wieder ihr historisches Höchstmaß von 40 Prozent an der gesamten Kreditvergabe erreichen. Wenn sie fortfährt, ihr Infrastrukturgeschäft bis 2008 jährlich um 1 Mrd. US-\$ zu erhöhen, würde die Bank ein Kreditvolumen von ca. 10 Mrd. US-\$ im Infrastrukturbereich erreichen. Dabei ist insbesondere eine wachsende Bedeutung der Sektoren Energie/Rohstoffe sowie Transport und Verkehr vorgesehen.

Das gigantische Ausweiten der Kreditvolumens im Infrastrukturbereich wird von vielen NGO und sozialen Bewegungen höchst kritisch gesehen. Anstelle aber Infrastruktur für nachhaltige Entwicklung zu fördern, favorisiert die Weltbank einseitige Lösungen, die zu massiven ökologischen Schäden führen und Armut mit verursachen. Sie setzt auf eine Hochrisikotrategie, sie genau darin eine katastrophale Bilanz vorzuweisen hat. Die von der Weltbank finanzierten großen Staudämme sowie Öl-, Gas-, Wald- und Bergbauprojekte sind Millionen von Menschen vertrieben worden, Armut verursacht und dramatische Schäden an Ökosystemen angerichtet worden. Nichtregierungsorganisationen (NGO) haben gemeinsam mit betroffenen Gemeinden in Entwicklungsländern unzählige Beispiele der verfehlten Politik der Weltbank in die Öffentlichkeit getragen.

Darüber reflektiert der Infrastrukturaktionsplan sehr deutlich die Agenda der Forcierung guter Investitionsbedingungen für den Privatsektor. Er setzt einseitig auf Privatisierung und Privatsektorbeteiligung, gleichwohl es unzählige Beispiele der dramatischen sozialen Folgen der Privatisierung von Basisdienstleistungen wie Wasser und Stromversorgung gibt: Preissteigerungen, soziale Proteste und die Verschlechterung des Zugangs armer Bevölkerungsschichten. Bei der Energieversorgung forciert die Weltbank ein fossiles Energiemodell, ungeachtet der fatalen klimapolitischen Folgen.

Die Infrastrukturagenda setzt auf einseitige Ansätze zugunsten von Unternehmen, ökologisch und sozial schädlichen Großprojekten und ihrem eigenen Geschäftsinteresse. Dies unterminiert die Erreichung breiter Entwicklungsziele, mit der die Weltbank ihr Infrastrukturengagement legitimiert.

Weitere Informationen:

Daniela Setton, Tel.: 0179/710 20 94 oder 030/275 69 643, daniela.setton@weed-online.org